

USA

Roman Sehling

ZWISCHEN KLIMASKEPSIS UND GREEN ECONOMY – OBAMAS VERSPRECHEN AN DIE WELT SIND NUR SCHWER EINZUHALTEN

Weite Teile der amerikanischen Bevölkerung zweifeln inzwischen wieder am Ausmaß des Klimawandels, an den diesbezüglichen Studien sowie an der finanziellen Angemessenheit der Gesetzesinitiativen der Klimaschützer. Daher sind mit den Zwischenwahlen im vergangenen Jahr über 40 erklärte Klimawandelskeptiker in den Kongress gewählt worden.¹ Bereits im Sommer 2010 musste Präsident Obama miterleben, wie seine Klimawandelinitiative vom Senat nicht verabschiedet wurde, nachdem das Abgeordnetenhaus im Dezember 2009 eine weitreichende Gesetzgebung (u.a. die Einführung des Emissionsrechtehandels) zunächst beschlossen hatte. Angesichts dieser innenpolitischen Hürde wurden die Erwartungen an den Cancún-Gipfel gering gehalten, wobei die Resultate dennoch als ein Teilerfolg gefeiert werden können. Mit dem Beschluss einer umfassenden Gesetzgebung durch den Kongress kann in nächster Zeit jedoch nicht mehr gerechnet werden. Daher wird die Obama-Administration versuchen, auf Umwegen ihr provisorisches Versprechen einer Emissionsreduktion von 17 Prozent des Niveaus bis 2020 zu erfüllen. Jedoch werden die Republikaner gerade angesichts knapper staatlicher Kassen nicht nur Subventionen kürzen, sondern setzen den Rotstift gerade bei der Behörde an, auf die Obama zählt, um seine Pläne noch zu verwirklichen: die Environmental Protection Agency (EPA) soll auf Basis des Clean Air Act von 1990 auch ohne ein *cap and trade*-Gesetz die Emissionen einschränken. Die wahrscheinlichen Präsidentschaftskandidaten nehmen die EPA ebenfalls unter Beschuss und distanzieren sich z.T. von ihrer persönlichen Erfolge im Bereich Klimawandel.

GLOBAL WARMING? ES SCHNEIT DOCH!

Auch wenn der ehemalige amerikanische Vizepräsident Al Gore im Jahr 2007 erst den Oscar und dann den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen um die Wahrnehmung der Gefahren des Klimawandels erhalten hatte, konnte bei der amerikanischen Bevölkerung in den letzten zwölf Jahren keine erhöhte Akzeptanz verzeichnet werden. Das Gegenteil ist viel-

mehr der Fall: 1998 fanden 31 Prozent der Befragten, dass die Gefahr des Klimawandels übertrieben sei. 2011 dachten ganze 43 Prozent so.² Zwischenzeitlich konnte dieser Anstieg zwar unterbrochen werden, z.B. dachten 2006 wieder nur 30 Prozent der Befragten, dass die Klimawandelgefahr übertrieben sei. Jedoch hat sich das Blatt in den letzten fünf Jahren wieder drastisch gewendet: Z.B. liegt die Zahl der Befragten, die finden, dass der Klimawandelprozess bereits begonnen hat, 2011 wieder bei 49 Prozent, nachdem sie vor 13 Jahren bereits bei 48 Prozent lag. Im Jahr 2008 noch erreichte sie stufenweise einen Höchststand von 61 Prozent, war aber seitdem rapide gefallen. Parallel dazu stieg die Zahl derer, die meinen, dass Klimawandel niemals stattfinden würde, in den letzten fünf Jahren von acht auf 18 Prozent.

Eine mögliche Erklärung für diesen ausgeprägten Meinungswechsel in der Bevölkerung ist bei dem Climategate-Skandal Ende 2009 zu finden: die Vorwürfe von wissenschaftlichem Fehlverhalten, wie z.B. der Manipulierung von Daten, führten zu negativer Berichterstattung direkt im Vorfeld der VN-Konferenz in Kopenhagen.³ Im Jahr 2008 waren noch 65 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Mehrheit der Wissenschaftler den Klimawandel als bewiesen akzeptiere. Im März 2010 glaubten dies nur noch 52 Prozent. Stattdessen gaben 36 Prozent an, dass sich die Mehrheit der Wissenschaftler darüber unsicher wäre, so das Gallup-Meinungsforschungsinstitut. Diese Entwicklung wurde nicht dadurch verbessert, dass die Winterstürme der letzten Jahre von klimawandelskeptischen Politikern gerne genutzt wurden, um Global Warming zu diskreditieren. Generell wird dieser Begriff von Republikanern gerne genutzt, da die Bevölkerung (und insbesondere Republikanische Wähler) die Gefahr von Global Warming geringer einschätzt als die Risiken von Climate Change.⁴

1 | David A. Fahrenthold, Juliet Eilperin, „GOP win dims prospects for climate bill, but Obama eyes Plan B ahead of U.N. talks“, *Washington Post*, 21.11.2010.

2 | Frank Newport, „Americans' Global Warming Concerns Continue to Drop“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/126560/americans-global-warming-concerns-continue-drop.aspx> [11.03.2011]; Jeffrey Jones, „In U.S., Concerns About Global Warming Stable at Lower Levels“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/146606/concerns-global-warming-stable-lower-levels.aspx> [14.03.2011].

3 | Roger Helmer, „Global warmists abandoned fact for fancy“, *Washington Times*, 25.08.2010; Sarah Palin, „Copenhagen's political science“, *Washington Post*, 09.12.2009.

4 | Joshua Hill, „More Americans Believe in Climate Change than in Global Warming“, Reuters, <http://www.reuters.com/article/2011/03/10/idUS337086819720110310> [10.03.2011].

WARNENDE STUDIEN GIBT ES GENUG

Dabei ist diese Entwicklung nicht das Resultat des Mangels an Studien. Im Gegenteil: Die amerikanische Regierung hat dank der Initiative von Präsident George H.W. Bush und mit Unterstützung des Kongresses bereits 1990 den Global Change Research Act beschlossen. Dieser sah vor, dass dreizehn Ministerien und Behörden bei dem umfassenden, integrierten und nationalen U.S. Global Change Research Program zusammenarbeiten, um die Nation und die Welt besser auf die globalen Veränderungen vorzubereiten. Über die vergangenen zwanzig Jahre stellte dieses Forschungsprogramm dabei die größte wissenschaftliche Investition im Bereich der Klimawandelforschung dar.⁵

Die letzte umfassende Studie aus dem Jahr 2009 macht dabei klar, dass die USA schon jetzt von den Auswirkungen bzw. Veränderungen des Klimas betroffen sind. Hier wurden u.a. die Zunahme von starken und plötzlich auftretenden Regenfällen, das Ansteigen des Meeresspiegels und der Temperatur, schmelzende Gletscher und Permafrostböden, verlängerte Wachstumsphasen, verlängerte eisfreie Phasen in den Ozeanen und anderen Gewässern, frühere Schneeschmelze und veränderte Flussläufe angeführt.⁶

Da diese Entwicklungen aber nur teilweise auf den vom Menschen bedingten Klimawandel zurückgeführt werden können, bleibt der Druck auf die Politiker in Anbetracht handfester sozialer Probleme wie der hohen Arbeitslosigkeit aus. Diese Entwicklung wird nicht dadurch verbessert, dass es in der Vergangenheit z.T. bereits deutlichen Zuspruch unter der Bevölkerung für den Schutz der Umwelt gab bzw. der Umweltschutz eine prioritäre Stellung gegenüber dem Wirtschaftswachstum einnahm (und dennoch wenig geschah).⁷ Abhilfe könnte vielleicht das konkrete Einzelschicksal der Eisbären schaffen, deren Lebensraum zunehmend beeinträchtigt wird und sich medienwirksam präsentieren lässt.⁸ In der Vergangenheit

wurde z.B. dem Schicksal des amerikanischen Wappentiers, dem Weißkopfseeadler, bereits deutliche Aufmerksamkeit geschenkt. Der Kongress erließ 1940 ein Gesetz zum Schutz des Nationalsymbols – Jahrzehnte vor dem ersten umfassenden Endangered Species Act von 1973.⁹

FROM ENERGY SECURITY...

Nach der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch Präsident Bill Clinton kam es zunächst nicht zu einer unmittelbaren Ratifizierung des Abkommens durch den US-Senat. Daraufhin weigerte sich sein Nachfolger Präsident George W. Bush zudem, den Kyoto-Prozess überhaupt weiter zu verfolgen. Dessen ungeachtet engagierte sich die Regierung Bush im Bereich der Energiesicherheit: Statt jedoch auf konkrete externe Einschränkungen zu setzen, konzentrierte sich seine Regierung auf die Förderung innovativer Technologien (wie *clean coal*), um mit Hilfe marktbasierter Anreizinstrumente so die notwendigen Impulse für die Entwicklung ressourcenschonender Technologien zu setzen. Für Präsident Bush ging es dabei in erster Linie nicht um effizientere Energienutzung im Sinne des Klimawandels, sondern vor allem um die Energieversorgungssicherheit.

Erst mit dem Verlust der Republikanischen Mehrheit im Kongress 2006 kam Hoffnung auf, dass sich die USA wieder aktiv den globalen Herausforderungen des Klimawandels stellen würden. So wurde z.B. mit dem Clean Energy Act im Jahr 2007 die Entwicklung alternativer Energiequellen forciert, indem Mittel aus Kürzungen von Steuervorteilen der Ölindustrie dafür eingesetzt wurden. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung im Transportwesen unterstützt: So wurden z.B. Biokraftstoffe wie Ethanol als Benzinzusatz gefördert, um den Treibstoffbedarf innerhalb der nächsten zehn Jahre um 20 Prozent zu senken bzw. mit 132,5 Milliarden Litern Treibstoff aus Erneuerbaren Energiequellen zu ersetzen. Dabei sollte die Automobilindustrie auch angehalten werden, die Verbrauchswerte ihrer Fahrzeuge ab 2010 freiwillig

5 | U.S. Global Change Research Program (USGCRP), <http://www.globalchange.gov/about> [02.09.2011].

6 | „Global Climate Change Impacts in the United State“, U.S. Global Change Research Program (USGCRP), <http://www.globalchange.gov/publications/reports/scientific-assessments/us-impacts> [02.09.2011].

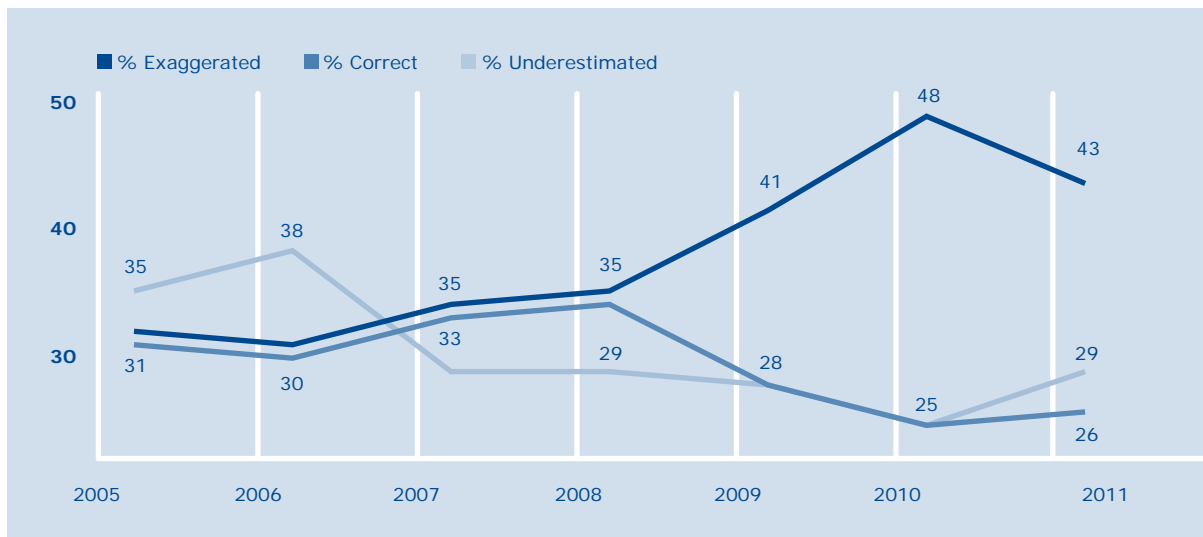
7 | Frank Newport, „Americans: Economy Takes Precedence Over Environment“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/116962/Americans-Economy-Takes-Precedence-Environment.aspx> [02.09.2011].

8 | „Arctic Bears, The Melting Arctic's Impact on Its Ecosystem“, Public Broadcasting Service (PBS Fernsehkanal), <http://www.pbs.org/wnet/nature/episodes/arctic-bears/the-melting-arctics-impact-on-itsecosystem/780> [02.09.2011]; H. Sterling Burnett, „Polar bears on thin ice?“, *Washington Times*, 15.05.2006; Steven Milloy,

„Polar bear meltdown?“, *Washington Times*, 31. Dezember 2006; Jonathan Miles, „Saving the Toddy“, *New York Times*, 14.01.2007; John H. Broder und Andrew C. Revkin, „Warming May Wipe Out Most Polar Bears, Study Says“, *New York Times*, 08.09.2007; Audrey Hudson, „Bush recognizes threat to polar bears; Resists global warming policy“, *Washington Times*, 15. Mai 2008; „Hurray for polar bears; Growing population negates climate-change hysteria“, *Washington Times*, 23.08.2009; David A. Fahrenthold, „Do it for the polar bears!“, *Washington Post*, 22.11.2009.

9 | The Stanford Environmental Law Society, *The Endangered Species Act*, Stanford: Stanford University Press, 2001, S. 17.

THINKING ABOUT WHAT IS SAID IN THE NEWS, IN YOUR VIEW IS THE SERIOUSNESS OF GLOBAL WARMING GENERALLY EXAGGERATED, GENERALLY CORRECT, OR IS IT GENERALLY UNDERESTIMATED?



Quelle: Jeffrey Jones, „In U.S., Concerns About Global Warming Stable at Lower Levels“, Gallup Meinungsforschungsinstitut, <http://www.gallup.com/poll/146606/concerns-globalwarming-stable-lower-levels.aspx> [14.03.2011].

jährlich um vier Prozent zu verringern.¹⁰ In einer Vorausschau auf ähnliche Entwicklungen drei Jahre später schafften es jedoch eine Reihe an umfassenden Emissionsrechtshandel-Gesetzesinitiativen im Jahr 2007 nicht, die erforderliche Mehrheit von 60 Stimmen im Senat zu erhalten. Darüber hinaus wäre es sehr wahrscheinlich gewesen, dass die Gesetzgebung spätestens an Präsident Bushs Veto gescheitert wäre.¹¹

...TO GREEN ECONOMY

Präsident Obama hatte schon im Wahlkampf bedeutende Versprechen hinsichtlich einer Einführung von Emissionsgrenzen für klimaschädliche Treibhausgase gemacht und verpflichtete sich zudem im Dezember 2008, den amerikanischen Treibhausgasausstoß bis 2020 um 14 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken. Ein Jahr darauf versprach er im Vorfeld der Kopenhagen-Klimakonferenz sogar 17 Prozent.¹²

10 | Jeff Tollefson, „Fuel efficiencies top Bush plans“, *CO Weekly*, 27.01.2007; Keith Koffler, „Bush to seek 20 percent cut in U.S. gas usage by 2017“, *Congress Daily*, 23.01.2007.

11 | z.B. McCain-Lieberman „Climate Stewardship and Innovation Act of 2007“ und Lieberman-Warner „Climate Security Act of 2007“.

12 | White House, „Combating Climate Change at Home and Around the World“, <http://www.whitehouse.gov/blog/2009/11/25/combating-climate-change-home-and-around-world> [02.09.2011].

Diese Emissionsbegrenzung sollte über die amerikanische Energie- und Klimagesetzgebung erreicht werden, wobei der Präsident sich damals sehr optimistisch gab, dass ihm der Kongress dabei folgen würde. Obama hatte bereits im Februar 2009 als Teil eines Finanzpakets knapp 30 Milliarden US-Dollar bewilligt, um die Erneuerbarer Energiequellen innerhalb der kommenden drei Jahre zu verdoppeln, die Gebäude der Regierung und staatlichen Behörden energieeffizienter zu gestalten und bis 2015 eine Million Plug in Hybrids im Straßenverkehr im Einsatz zu sehen (momentan machen diese nur vier Prozent der rund zwölf Millionen jährlich verkauften PKWs aus).¹³ Damit sollte sowohl die Nachfrage als auch das Angebot an Erneuerbaren Energiequellen kurzfristig gefördert werden, bis die Wirtschaft den Platz des Staates mittelfristig größtenteils übernehmen würde.

Im Abgeordnetenhaus kam es im Sommer 2009 unter der Führung von Representative Henry Waxmann dann auch zur umfassenden Gesetzesinitiative American Clean Energy and Security Act (H.R. 2454). Letztere beinhaltet u.a. die von Obama versprochene Reduzierung von Treibhausgasen um 17 Prozent unter das Niveau von 2005 bis zum Jahre 2020 und um 80 Prozent bis 2050. Dies sollte mit der Einführung

13 | American Recovery and Reinvestment Act, Department of Energy, <http://www.energy.gov/recovery> [02.09.2011]; Coral Davenport, „Baby steps“, *National Journal*, 12.02.2011, S. 16.

eines Emissionshandelssystems erzielt werden, wobei die Regierung zunächst 85 Prozent dieser Anrechte kostenfrei verteilen würde und erst später über Auktionen Mittel daraus erhalten sollte. Gleichzeitig sollten Energieversorgungsunternehmen gezwungen werden, bis 2020 20 Prozent ihrer Produktion durch energie-sparende Maßnahmen und Erneuerbare Energiequellen zu decken. Auch wurden staatliche Investitionen in innovative Technologien erhöht, um Energieeffizienz, Erneuerbare Energieträger, CO₂-Abscheidung und – Speicherung sowie ein modernes, nationales Smart Grid-Stromnetz voranzutreiben. Letzteres sollte dabei ermöglichen, die oft weit entfernten Erneuerbaren Energiequellen der Wind- und Solarkraft mit den Hybridfahrzeugen der Endverbraucher zu vernetzen.¹⁴ Parallel dazu konnte Präsident Obama die amerikanischen Automobilhersteller davon überzeugen, die durchschnittlichen Verbrauchswerte ihrer PKWs bis 2016 von 8,7 Liter pro 100 Kilometer auf 6,6 Liter zu verringern.¹⁵ Die Environmental Protection Agency hat im letzten Jahr daher neue Verbrauchsdurchschnittswerte für PKWs festgelegt. Damit sollen zukünftig täglich 270 Millionen Liter Treibstoff gespart werden, so dass die USA nach einer weiteren Anhebung der Richtlinie und den anderen Maßnahmen bis 2025 ein Drittel weniger Erdöl importieren müssen.¹⁶

JOBS, JOBS, JOBS ODER JOB KILLER?

Ein Jahr darauf musste Barack Obama jedoch eine herbe Niederlage einstecken, als klar wurde, dass es nicht zur Verabschiedung des Gesetzes im Senat kommen würde.¹⁷ Noch im Juni 2009, nach Verabschiedung der Klimawandelgesetzesvorlage im Abgeordnetenhaus, versprach Obama die Schaffung von Millionen neuer *green jobs*. So ermittelte der Pew Charitable Trust zum Beispiel, dass der *clean energy*-Sektor im Jahr 2007 rund 770.000 Arbeitsplätze in mehr als 68.000 Firmen geschaffen hatte.¹⁸ Dabei sprach er aber nicht an, dass existente Industriezweige, wie z.B. die Kohle-, Erdöl- und energieintensive herstellende Industrie, von den Veränderungen negativ betroffen werden würden. Diese befinden sich zudem in Regionen, die anderweitig schon von



Trotz der geringen Erfolge auf nationaler Ebene haben sich 22 Bundesstaaten zu einer Reduktion ihrer CO₂-Emissionen auf das Niveau von 1990 bzw. 2005 verpflichtet. So sind in Kalifornien bereits leistungsstarke Windparks am Netz.

wirtschaftlicher Stagnation betroffen waren, so Bryan Mignone von der Brookings Institution.¹⁹

Eine Studie, die von der National Black Chamber of Commerce in Auftrag gegeben wurde, prophezeite zum Beispiel, dass Benzinpreise bis 2015 zunächst um zwei Cents pro Liter und dann noch weiter steigen würden. Trotz eines Zuwachses an *green jobs* würde es aufgrund der Klimawandelgesetzgebung („Cap and Tax“) zu einem jährlichen Verlust von 2,3 bis 2,7 Millionen Arbeitsplätzen zwischen 2015 und 2030 kommen. Parallel dazu würden die Energiepreise zwischen 2020 und 2025 jährlich um vier bis fünf Prozent wachsen.²⁰ Davon abgesehen verweisen Gegner gerne auch auf die Probleme der Europäer, so z.B. den Mangel an ernst zu nehmenden Emissionsverringierungen auch trotz der Einführung des Emissionsrechtehandels in der Europäischen Union.²¹ Auch wird warnend darauf verwiesen, dass die Energiepreise in Europa nach der Einführung des Emissionsrechtehandels gestiegen sind, so Forscher des Energy Center of the Netherlands.²²

14 | Alan Greenblatt, „Confronting global warming“, *CQ Researcher*, 09.01.2009.

15 | Coral Davenport, „Automakers Having Second Thoughts on Fuel Standards“, *National Journal*, 10.02.2011.

16 | „Mr. Obama’s Energy Vision“, *New York Times*, 01.04.2011.

17 | Keine der Gesetzesinitiativen des Senats war so weit reichend wie die vom Abgeordnetenhaus verabschiedete Version H.R. 2454. Murrey Jacobson, „What Killed Obama’s Energy Bill Plans?“, *PBS Newshour*, 09.08.2010, http://www.pbs.org/newshour/updates/politics/july-dec10/energy_08-09.html [02.09.2011].

18 | Coral Davenport, „Baby steps“, *National Journal*, 12.02.2011, S. 16.

19 | Marcia Clemmit, „Energy and Climate“, *CQ Researcher*, 24.07.2009.

20 | David Montgomery et al., „Impact on the Economy of the American Clean Energy and Security Act of 2009 (H.R.2454)“, http://www.coloradomining.org/Content/Release_Pdf/CRA_Waxman-Markey__205-20-09_v8.pdf [02.09.2011].

21 | Marcia Clemmit, „Energy and Climate“, *CQ Researcher*, 24.07.2009.

22 | J. P. M. Sijm, S. J. Hers, W. Lise, B. J. H. W. Wetzelaer, „The Impact of the EU ETS on Electricity Prices: Final Report to the DG Environment of the European Commission“ (2008), Energy Center of the Netherlands Policy Studies, <http://www.ecn.nl/docs/library/report/2008/e08007.pdf> [02.09.2011].

EPA UND REGIONALE INITIATIVEN

Angesichts Präsident Obamas Priorisierung der sehr umstrittenen Krankenversicherungsreform, der anhaltend hohen Arbeitslosenzahlen und der schlechten Aussichten auf eine schnelle Erholung der Wirtschaft hat eine umfassende Klimawandelpolitik mit einer verpflichtenden Reduzierung von Treibhausgasen weder im Weißen Haus noch im Kapitol ausreichend politische Unterstützung gefunden. In Vorbereitung auf die nächste Phase des Wahlkampfes hat Barack Obama Anfang dieses Jahres deshalb seine Konsequenzen daraus gezogen und seine Ziele und Strategie den politischen Realitäten angepasst: In seiner State of the Union-Rede forderte der Präsident, dass die USA bis zum Jahr 2035 80 Prozent ihres Energiebedarfs durch kohlenstoffarme oder -neutrale Energiequellen wie Wind-, Solar- und geothermische Energie, aber auch durch Atomkraft, Erdgas und vor allem die noch nicht entwickelte Clean Coal Technology decken sollten. Um dies zu bewerkstelligen, hat der Präsident insgesamt acht Milliarden US-Dollar in seinem Haushaltsvorschlag für 2012 dafür eingeplant. Finanziert werden sollen diese Initiativen u.a. durch die Kürzung von Steuervorteilen der Öl- und Erdgasindustrie über die nächsten zehn Jahre und in Höhe von insgesamt 46,2 Milliarden US-Dollar.²³ Seine Beauftragte für Klimawandel gab ihren Rücktritt im Vorfeld der Rede bekannt. Ihre Position wurde nicht neu besetzt, dafür notwendige Budgetmittel wurden zudem gestrichen.²⁴

Parallel dazu versucht Obama, kurzfristig über die Environmental Protection Agency (EPA) die Treibhausgas-Emissionen einzuschränken. Bereits 2007 hat der Oberste Gerichtshof der USA der Behörde bestätigt, dass sie auf Basis des Clean Air Act das Recht hat, Emissionen von Treibhausgasen zu kontrollieren, wenn diese gesundheitsschädlich sind.²⁵ Während der Präsidentschaft George W. Bushs wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht. Die Obama-Regierung sieht mittlerweile aber keine andere Möglichkeit mehr als diesen Weg zu gehen. Denn die Drohung, die CO₂-Emissionen über die EPA zu verringern, war ursprünglich ein Versuch, Druck auf den Kongress

auszuüben, um eine umfassende Gesetzesinitiative zu verabschieden.²⁶ Zunächst wird die EPA dieses Jahr anfangen, Regelwerte für Emissionen von Kohle- und Erdölwerkwerken sowie Erdölraffinerien vorzuschlagen, die dann in Zukunft von den Bundesstaaten kontrolliert werden würden. Beobachter bezweifeln allerdings, dass dieser „Plan B“ der Beschränkung von Treibhausgasen ausreichend ist, um die internationalen Zielstellungen zu erfüllen, so z.B. Richard Stavins von der Harvard University.²⁷

Während es auf nationaler Ebene nur bedingt zu Erfolgen bei der Einschränkung der Emissionen gekommen ist, bedeutet dies aber nicht zwangsläufig den Stillstand auf regionaler und lokaler Ebene. In 26 Bundesstaaten und dem District of Columbia wird bereits seit Jahren von den lokalen Elektrizitätswerken gefordert, dass ein Teil ihrer Produktion von Erneuerbaren Energiequellen kommt. 22 Bundesstaaten haben sich deshalb auch verpflichtet, innerhalb der nächsten Jahrzehnte ihre Treibhausgas-Emissionen auf den Stand von 1990 bzw. 2005 zu verringern, und haben diesbezüglich regionale Emissionsrechtsabkommen abgeschlossen: z.B. die Regional Greenhouse Gas Initiative (zehn Staaten), die Western Climate Initiative (sieben) und der Midwest Greenhouse Gas Reduction Accord (sechs). Republikanische Mehrheiten auf den nationalen und bundesstaatlichen Ebenen drohen jedoch die Fortschritte der letzten Jahre in Frage zu stellen. Insbesondere die Vollmacht der EPA, über Emissionen von Kohle- und Erdölwerkwerken zu bestimmen und Verbrauchsrichtwerte für PKWs festzulegen, wird im Kongress in Frage gestellt.²⁸

VON KOPENHAGEN NACH CANCÚN

Nachdem die amerikanischen Verhandlungspartner an der Kopenhagen-Konferenz vor zwei Jahren mit einer vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Gesetzesinitiative teilnehmen konnten, sollte sich dieser innenpolitische Schub letzten Dezember in Cancún nicht wiederholen.²⁹ Damit sahen sich die amerikanischen Verhandlungspartner wieder vor der alten Herausforderung: „a reputation of doing nothing“. Zwar hatte der Klima-Gesandte Todd Stern im Vorfeld versichert, dass es viele Wege gebe, das Versprechen der Reduktion um 17 Prozent einzuhalten. Er hatte aber auch im

23 | Anne Mulkern, „Obama's SOTU Nod Unleashes Lobbying on Clean-Power Goal“, *New York Times*, 26.01.2011 und Timothy Gardner, „Obama 2012 budget provides \$8 billion for clean energy“, *Scientific American*, 14.02.2011.

24 | Coral Davenport, „Browner's Exit Signals Obama's Move to the Center“, *National Journal*, 25.01.2011; Robin Bravender, „House votes to overthrow ‚czars‘“, *Politico*, 17.02.2011.

25 | James E. McCarthy und Larry Parker, „EPA Regulation of Greenhouse Gases: Congressional Responses and Options“, *Congressional Research Service Reports*, 22.02.2011.

26 | Margaret Kriz Hobson, „The Wages Of Climate Inaction“, *National Journal*, 16.04.2010.

27 | David A. Fahrenthold, „White House takes a more modest Plan B to Cancun climate talks“, *Washington Post*, 22.11.2010.

28 | Coral Davenport, „A new front“, *National Journal*, 24.02.2011.

29 | „Cancún's opportunity“, *Washington Post*, 30.11.2010.

Mai 2010 zugegeben, dass es ungemein bedeutend für die Glaubwürdigkeit der USA als Verhandlungspartner wäre, dass man in Washington eine umfassende Klimagesetzgebung verabschieden würde.³⁰

Statt also die Verhandlungen mit einem klaren amerikanischen Bekenntnis moralisch anführen zu können, ging es vielmehr darum, die Bedeutung dieses Forums für internationale Verhandlungen anhand von Teilerfolgen langfristig zu gewähren.³¹ Gleichzeitig warnte Stern, dass mangelnder innenpolitischer Rückhalt nicht bedeuten würde, dass sich die Verhandlungsposition der USA bezüglich der Kontrolle der Einhaltung von Emissionsbeschränkungen verändert hätte. Daher prophezeite er auch, dass man sich in Cancún darauf konzentrieren würde, die Richtlinien bezüglich der Kontrolle und Einhaltung von Emissionseinschränkungsverpflichtungen zu konkretisieren und die versprochene finanzielle Unterstützung für die Entwicklungsländer zu organisieren.

Nachdem sich China, Indien und Brasilien mit der EU und den USA darauf geeinigt haben, ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2020 zu verringern und durch eine unabhängige Expertengruppe verifizieren zu lassen, bleibt jedoch unklar, wie die USA in den nächsten Jahren ihren Teil des Green Funds beisteuern werden. Die von den USA zu finanzierenden Mittel wären theoretisch aus dem Emissionshandel gekommen. Ohne diese Geldquelle muss Präsident Obama die 20 bis 30 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2020 anderweitig finden. Dabei haben ihm die Republikaner im Abgeordnetenhaus gerade die Kampfansage gemacht und knapp ein Drittel seines Haushaltsplans für Erneuerbare Energiequellen gestrichen.³²

ATOMIC ANXIETY VS. NUCLEAR CLIMATE CHANGE AGENDA

Angesichts der Entwicklungen in Japan sieht sich die Obama Administration nun vor einem weiteren Hindernis bei der Erfüllung ihrer Versprechen: zu dem geplanten Ausbau der Atomenergie wird es vorerst nicht kommen. Der Präsident ließ dabei klar verlauten, dass Atomenergie auch in Zukunft eine bedeutende Stellung bei der Energieversorgung der USA einnehmen würde. Im Kongress mehren sich nun aber die Stimmen derer, die den Ausbau der Atomindustrie

verhindern wollen.³³ Seit dem Reaktorzwischenfall am 28. März 1979 im Kernkraftwerk Three Mile Island wurden keine neuen Anlagen in den USA fertiggestellt. Der einflussreiche Demokratische Abgeordnete Edward Markey will z.B. den Neubau von Anlagen in Erdbebenzonen stoppen.³⁴ Senator Joe Lieberman hingegen befürwortet nur einen temporären Stopp bei der Vergabe von Baugenehmigungen, bis man die Erkenntnisse von Japan integrieren könnte.³⁵ Anfang des Jahres lagen noch zwölf Bauanträge vor, so der Vorstandsvorsitzende der Nuclear Regulatory Commission (NRC).³⁶

Bis 2020 sollte es nun aber zu einer Nuclear Renaissance und Fertigstellung von vier bis acht neuen Reaktoren kommen. Präsident Obama und Energieminister Steven Chu unterstützen diesen Ausbau der Atomenergie dabei weiterhin als Teil ihrer Strategie, um die Kohlenstoffdioxid-Emissionen zu verringern.³⁷ Eine Reihe Republikanischer Spitzenpolitiker äußerte ebenfalls ihre vorbehaltlose Unterstützung für weitere Anlagen, z.B. der Abgeordnete Fred Upton, der Vorsitzender des Ausschusses für Energie und Handel ist. Mitch McConnell, der Republikanische Senate Minority Leader, machte ebenfalls klar, dass man wichtige innenpolitische Entscheidungen nicht sofort nach den dramatischen Geschehnissen in Japan treffen sollte.³⁸ Der Vorstandsvorsitzende des NRC betonte zudem, die Verpflichtung gegenüber der ständigen Verbesserung und Modernisierung der Atomenergie wahrzunehmen, was auch den Bau neuer Anlagen beinhalten würde. Die *USA Today* berichtete derweilen, dass laut einer Umfrage 70 Prozent der Befragten nach dem Unglück in Japan angaben, sich mit Atomenergie nicht sicher zu fühlen: 39 Prozent fühlten sich dabei sehr viel mehr unsicher, 31 Prozent fühlten sich etwas unsicherer nach dem Reaktorunglück. Jedoch sind nur 47 Prozent der Amerikaner gegen neue Anlagen, 44 Prozent bleiben dafür. Eine Woche vor dem Unglück waren allerdings noch 57 Prozent der Befragten für Atomkraft.³⁹

Das vielleicht größte Problem für die Pläne der Obama Administration und ihre Partner in beiden Parteien, eine Nuclear Renaissance herbeizuführen, stellt

30 | Bruce Stokes, „Lukewarm Progress On Climate“, *National Journal*, 23.07.2010.

31 | Juliet Eilperin, „Election could affect U.S. pledge on international climate aid“, *Washington Post*, 01.11.2010 und Coral Davenport, „Breakthrough Made in U.N. Climate Talks“, *National Journal*, 11.12.2010.

32 | Suzanne Goldenberg, „House Republicans cut funding to UN climate science body“, *Guardian*, 21.02.2011.

33 | „US Reevaluates Nuclear Infrastructure“, *ABC World News*, 16.03.2011.

34 | Kerry Sheridan, „US still wants to expand nuclear energy: Chu“, *Agence France Presse*, 16.03.2011.

35 | „Lieberman: Stop new nuclear plants in US“, *The Hill*, 13.03.2011.

36 | Sheridan, „US still wants to expand nuclear energy: Chu“.

37 | Whiteboard, *Politico*, 11.03.2011.

38 | Vicki Needham, „Should the US ‚put the brakes‘ on nuclear? Some Dems think so“, *The Hill*, 13.03.2011.

39 | Peter Eisler, „Poll: Fears of nuclear disaster in U.S. rise after Japan quake“, *USA Today*, 17.03.2011.

aber die Wall Street dar. Laut der *Washington Post* fanden sich dort bisher nur wenige Interessenten für die kapitalintensive und augenscheinlich weiterhin riskante Atomenergie, die in der Vergangenheit zu einer Reihe unvollendeter Anlagen, explodierender Kosten und bankrotter Firmen geführt hat.⁴⁰ Präsident Obama hatte zuletzt im Januar in seiner State of the Union-Rede die Atomenergie ausdrücklich gelobt und als Teil seiner Klimawandelstrategie unterstützt. Im Haushaltsantrag für 2012 waren daher bis vor Kurzem noch 36 Milliarden US-Dollar für Kreditgarantien veranschlagt worden, um die Atomindustrie zu unterstützen. Der Kommentator Bill Kristol merkte daher bei *Fox News Sunday* etwas zynisch an, dass die Obama Administration gerade 36 Milliarden US-Dollar eingespart hätte.⁴¹ In Texas haben CPS Energy und NRG Energy mittlerweile bekannt gegeben, dass Verhandlungen über die Abnahme der zukünftigen Stromerzeugung von zwei geplanten Reaktoren eingestellt wurden. Der Ausbau der bestehenden South Texas Atomanlage hätte 2012 beginnen sollen. Beobachter erwarten nun, dass Erdgas in der nahen Zukunft eine wichtigere Rolle spielen wird.

40 | Jia Lynn Yang, „Nuclear comeback dealt a blow, Safety concerns still hinder U.S. industry,“ *The Washington Post*, 14.03.2011.

41 | „Joe Cirincione, Sen. Mitch McConnell on Crisis in Japan; Sens. Mark Warner, Sen. Saxby Chambliss on Efforts to Cut Deficit,“ *Fox News Sunday*, 13.03.2011.